

VERTRAULICH

ND

3.1.90

Zur Lage im Osten1. Generelle Beurteilung

Das blutige Ende des Ceausescu-Regimes bedeutet den Zusammenbruch des letzten stalinistischen Regimes des Warschauer Paktes. Damit sind - sieht man von Albanien ab - in ganz Osteuropa die alten Machtstrukturen in sich zusammengebrochen, ohne dass sie bereits von neuen, tragfähigen, demokratischen Systemen ersetzt worden wären. Osteuropa befindet sich in einer schwierigen Uebergangsperiode, die wohl noch erheblich über die verschiedenen Wahltermine, die für die erste Hälfte des Jahres angesetzt worden sind, hinaus reichen wird. Nach Jahren der Diktatur fehlen vielerorts demokratische Erfahrung und Verständnis und müssen zuerst aufgebaut werden. Die oppositionellen Gruppen, die sich in den meisten osteuropäischen Staaten die Macht mit den Resten der kommunistischen Parteien teilen, sind in ihren Ursprüngen und Zielsetzungen heterogener Natur. Sie werden sich nur allmählich zu politischen Parteien im eigentlichen Sinne entwickeln, was wiederum - zumindest grundsätzlich - die Chancen der reformierten kommunistischen Parteien erhöht, in irgendeiner Form auch über die kommenden Wahlen hinaus an der Macht beteiligt zu bleiben. Der schwierige Prozess der Vergangenheitsbewältigung hat noch kaum begonnen. Die Situation wird in allen osteuropäischen Staaten zudem durch die schlechte Wirtschaftslage überschattet. Es ist damit zu rechnen, dass die Lage in Osteuropa noch während einiger Zeit fluide bleiben wird.

Nachdem die Reformbestrebungen Gorbatschews eines der auslösenden Momente der Entwicklung in Osteuropa waren, sind sie nun von der Lageentwicklung in Osteuropa überholt worden. Die UdSSR ist heute der Staat des Warschauer Paktes, der in seinen demokratischen und wirtschaftlichen Oeffnungsbestrebungen am wenigsten weit fortgeschritten ist. So weigert sich Gorbatschew zB insbesondere, am Machtmonopol der KPdSU vorderhand rütteln zu lassen, und verfolgt auch in der Nationalitätenfrage eine Linie, die nur beschränkte Kompromissbereitschaft beinhaltet. Hieraus ergeben sich Widersprüche, die durch Gorbatschews offene Unterstützung der Entwicklung in den kleineren osteuropäischen Staaten nur noch akzentuiert werden. Die UdSSR sieht sich einer tiefgreifenden Verbundkrise gegenüber, welche in den Griff zu bekommen, sich der sowjetische Staats- und Parteichef sichtlich schwer tut.



VERTRAULICH

- 2 -

Es besteht die deutliche Gefahr, dass die politischen und wirtschaftlichen Reformen in der UdSSR nicht mit der Lageentwicklung im Lande selbst Schritt zu halten vermögen. Gorbatschew riskiert, dass sowohl der konservative wie der reformistische Flügel in der obersten sowjetischen Führung auf Kosten seiner persönlichen Machtbasis an Gewicht gewinnen - was seine Durchsetzungsfähigkeit reduzieren würde und ihn zu noch stärkerem Lavieren zwingen müsste. Im Amt gefährdet erscheint Gorbatschew (sieht man von der stets als Möglichkeit im Auge zu behaltenden Gefahr eines Coups ab) jedoch nicht, gibt es doch keine wirklich überzeugende Alternative zu ihm. Es erscheint wahrscheinlich, dass die politischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes weiter zunehmen werden, ohne dass für sie wirklich überzeugende Lösungsansätze gefunden würden.

2. Zur Lageentwicklung in Rumänien und der UdSSR

2.1. Rumänien

Der Familienclan der Ceausescu konnte Rumänien bereits seit langem nur mittels eines engmaschigen, brutalen und effizienten Repressionsapparates regieren, dessen Kernelemente die "Securitate" sowie ein weitverzweigtes Spitzelsystem darstellten. Das Regime war in der Bevölkerung zutiefst verhasst; tiefgreifende Unzufriedenheit existierte auch seit langem in den Streitkräften. Ein Militärcoup wurde - angesichts der zunehmenden Weltfremdheit (wenn nicht Geisteskrankheit) Ceausescus - seit langem als die einzige Möglichkeit betrachtet, Rumänien vor dem Untergang zu bewahren. Seine Chancen standen jedoch schlecht, da Ceausescu bewusst die Streitkräfte reduziert und schlecht ausgerüstet hatte, während er die ihm blind ergebenden Verbände der Securitate zu einer schlagkräftigen Prätorianergarde ausgebaut hatte. Die Chancen eines Coups wurden noch im November in Moskau als gering eingestuft. Man schien resigniert auf das Ableben des Diktators zu warten, dessen stalinistische Innen- und dessen nationalistisch-bornierte Aussenpolitik zunehmend als echte Gefahr für jeden Versuch betrachtet wurden, den im Umbruch befindlichen Warschauer Pakt von einem militärischen Pakt graduell in ein politisch-militärisches Bündnis umzuwandeln (und damit zu retten).

Tatsächlich brach das Regime schliesslich nur dank der Kombination eines Volksaufstandes (ausgelöst durch die Massaker in Timisoara, insbesondere den dortigen Kindermord) und eines Armeeputsches

VERTRAULICH

- 3 -

(ausgelöst einerseits durch das brutale Vorgehen der Securitate in Timisoara, andererseits durch die Absetzung und den Tod des Verteidigungsministers) zusammen. Auf sich allein gestellt wären sowohl Bevölkerung wie Armee hierzu zu schwach gewesen. Auch so blieb die Lage während Tagen mehr als kritisch. Der Volksaufstand kostete hohe Opfer, deren genauer Umfang schwer abgeschätzt werden kann. Erst die Hinrichtung Ceausescus und seiner Frau (nach einem summarischen Scheinprozess) liess den Widerstand der fanatischen - und möglicherweise unter Drogeneinfluss stehenden - Securitate (sowie der in ihren Reihen kämpfenden arabischen Söldner) schliesslich in sich zusammenbrechen.

Von entscheidender Bedeutung war auch, dass die UdSSR sofort offen und unzweideutig gegen das Regime Ceausescu Stellung bezog, allerdings auch jede ausländische Intervention ablehnte, bzw verhinderte. Dies erscheint umso bemerkenswerter als westliche Regierungen offenbar eine sowjetische Intervention keineswegs ausschlossen, bzw insgeheim gar anregten. Gorbatschew widerstand der Versuchung, die Ordnungsrolle der UdSSR in Osteuropa durch eine - politisch risikolose - Intervention erneut in Erinnerung zu rufen, was der Glaubwürdigkeit seiner Osteuropapolitik auf die Dauer wohl zugute kommen wird. Der Entschluss dürfte Gorbatschew durch die ihm aus Rumänien zukommenden Meldungen über die Lageentwicklung erleichtert worden sein. Es darf von einer nachhaltigen politischen Aktivität der UdSSR in Rumänien während der kritischen Tage ausgegangen werden (was nicht zuletzt durch die Wahl von Gorbatschews Studienfreund Iliescu zum Staatspräsidenten unterstrichen wird). Dennoch muss unterstrichen werden, dass es keineswegs selbstverständlich war, dass Moskau die rumänische Revolution aus eigener Kraft siegen liess, denkt man an die diesbezüglichen Erfahrungen der UdSSR mit Jugoslawien oder an die Unruhe in der moldawischen Sowjetrepublik.

Der Rat der nationalen Rettungsfront, der unter Staatspräsident Ion Iliescu und Ministerpräsident Petre Roman in Rumänien die provisorische Macht bis zu den für April angekündigten freien Wahlen übernommen hat, stellt eine sehr heterogene Gruppierung dar, die sowohl Kommunisten wie praktisch alle Oppositionsgruppierungen (inklusive des ungarischen Pfarrers Tökes, dessen geplante Verhaftung die Unruhen in Timisoara ausgelöst hatte) umfasst. In ersten Verfügungen hat er verschiedene besonders unakzeptable Dekrete des

VERTRAULICH

- 4 -

alten Regimes (darunter ua das Gesetz über die Systematisierung der Dörfer) aufgehoben und versucht (durch Einstellung der Lebensmittel- exporte) die Versorgungslage zu verbessern. Letzteres ist in gewissem Umfange auch gelungen. Der Rat erscheint - über diese Sofortmassnahmen hinaus - jedoch nur bedingt handlungsfähig und muss als Uebergangsgremium angesehen werden. Erhebliche Teile der Bevölkerung lehnen jede weitere Beteiligung der Kommunisten an der Macht ab. Die Armee hat ihre künftige Stellung im Staate noch nicht definiert. Welches politische System sich Rumänien schliesslich geben wird, bleibt heute durchaus noch offen, wobei die Situation durch das Fehlen beinahe jeglicher demokratischer Erfahrung keineswegs erleichtert wird. Die verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Bevölkerung müssen sich zuerst noch organisieren, wofür die Zeit bis zu den Wahlen sehr knapp bemessen erscheint. Ebenso offen erscheint, wie die stalinistische Vergangenheit schliesslich bewältigt werden soll und kann. Vorderhand wird davon gesprochen, dass die Mitglieder der Securitate, der Familie Ceausescu und der das Regime tragenden Gruppierungen vor Gericht gestellt werden sollen. Der "Prozess" gegen Ceausescu und seine Frau gibt hier zu denken. Es muss auch im Auge behalten werden, dass sich das Regime auf Millionen von Spitzeln und Zuträgern abstützte. Schliesslich stellt sich - gerade nach dem Mord in Bern - die Frage, was mit den Auslandnetzen des alten Regimes geschehen wird. Rumäniens weitere Zukunft erscheint damit als noch ungewiss und schwierig.

2.2. UdSSR

Nach wie vor sieht sich die UdSSR einen schweren Verbundkrise gegenüber, deren wichtigste Elemente wie folgt beschrieben werden können:

- (1) Eine schwerwiegende Wirtschaftskrise, die sich in einem stagnierenden (wenn nicht sogar signifikant schrumpfenden) Bruttosozialprodukt, schweren Versorgungsproblemen (von 271 Grundversorgungsgütern sind, sowjetischen Angaben zufolge, deren 243 gar nicht oder nur zeitweise erhältlich) und einer wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung niederschlagen. Der sowjetische Wirtschaftsexperte Aganbegjan hat erklärt, ohne sofortige Massnahmen sei in diesem Winter mit punktuellen Anzeichen von Hungersnöten zu rechnen, im kommenden Winter mit grossflächigen Hungersnöten vergleichbar mit jenen der zwanziger Jahre.

VERTRAULICH

- 5 -

- (2) Ein ungelöstes Nationalitätenproblem, das weiter eskaliert. Im Kaukasus herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Lage dort wird von sowjetischen Kommentatoren offen mit jener in Afghanistan verglichen. Die Kämpfe und Zwischenfälle haben bereits mehrere Tausend Tote und Verletzte gefordert. Die Unruhe greift auch auf Georgien und die zentral asiatischen Republiken über, während es in der Ukraine sichtlich zu gären beginnt. Sicherheitskräfte des Innenministeriums stehen heute in 121 sowjetischen Städten im Ordnungsdienst. Die baltischen Republiken versuchen offen, aus der UdSSR auszutreten (wofür die Abschaffung des Machtmonopoles der KP in Litauen und Lettland sowie die Lösung der KP Litauens von der KPdSU nur weitere Symptome sind). Die schweren Zwischenfälle in Moldawien (die über 200 Verletzte forderten) vom 6.11.89 belegen nachdrücklich die schweren Spannungen in dieser Teilrepublik (welche durch die Ereignisse in Rumänien nicht unberührt bleiben kann). Gleichzeitig mehren sich die Anzeichen für einen russischen Nationalismus konservativer Prägung, vertiefen sich auch die traditionellen Spannungen zwischen Leningrad und Moskau. Auf alle diese Herausforderungen hat Gorbatschew letztlich keinerlei Antwort bereit. Dies belegten seine scharfen Angriffe auf Litauen, die vom ZK nicht abgestützt wurden, erneut.
- (3) Zunehmende Spannungen in der obersten politischen Führung der UdSSR tendieren dazu, die reformfeindlichen und die reformfreundigen Flügel zu stärken, gleichzeitig Gorbatschews lavierende Mittelposition zu untergraben. Die für schnellere und weitergehende Reformen (zB Abschaffung von Artikel 6 der Verfassung und damit des Machtmonopols der KPdSU) eintretenden Kräfte im Obersten Sowjet und im Kongress der Volksdeputierten können auf die Unterstützung wachsender Teile der Bevölkerung zählen und lassen sich immer schwerer von Gorbatschew manipulieren und zurückbinden. Gleichzeitig scheinen aber auch die reformfeindlichen, konservativen Kräfte entschlossen, verlorenes Terrain zurückzuerobern und zumindest Gorbatschews Manövrierraum einzuengen. Das ZK-Plenum von anfangs Dezember 1989 stellte einen kaum verdeckten Gegenangriff dieser konservativen Kräfte dar, die auch in der Leningrader Parteiführung und einzelnen Militärs (zB dem Kommandanten des MB Kiew, Gromov) Rückhalt finden. Angesichts dieser Lage hat

VERTRAULICH

- 6 -

für Gorbatschew die Sitzung des erweiterten ZK noch in diesem Monat erhebliche politische Bedeutung. Seine Machtposition erscheint einem Erosionsprozess ausgesetzt, gegenwärtig aber - mangels überzeugender Alternativen - nicht grundsätzlich gefährdet.

- (4) Die Revolution in Osteuropa hat die politische Landkarte Europas grundsätzlich in Frage gestellt. Der Druck in Richtung auf eine Wiedervereinigung Deutschlands nimmt zu und nicht ab. Die beiden Wahlkämpfe in der DDR und der BRD werden hierzu ebenso weiter beitragen wie die beinahe täglich neu geschaffenen Realitäten in Deutschland. Die UdSSR hofft nach wie vor, ihre militärische Position in Osteuropa retten und den Warschauer Pakt in ein politisches Bündnis umwandeln zu können. Die tiefen Widersprüche, die diese Position enthält, sind der obersten sowjetischen Führung entweder noch nicht wirklich bewusst geworden oder werden von ihr verdrängt. Die Entwicklung in Osteuropa beginnt zunehmend auch auf die politische Debatte in der UdSSR selbst zurückzustrahlen. Sie schafft einen Erwartungsdruck, dem zu entsprechen Gorbatschew entweder nicht willens erscheint oder nicht fähig ist.

Zusammenfassend ergibt sich das Bild einer UdSSR, die nicht verharren kann, wo sie heute steht. Entweder muss die Sowjetunion mehrere Schritte nach vorn oder zurück tun. Ihre jetzige Lage ist nicht nur instabil, sondern unhaltbar.

3. Perspektiven

Osteuropa befindet sich auf Jahre hinaus in einer Phase tiefgreifenden und schwierigen Wandels. Ausmass und Geschwindigkeit dieses Wandels sind von Land zu Land unterschiedlich. Die Herausbildung neuer Strukturen wird in allen Ländern Osteuropas schwierig sein und schrittweise erfolgen. Eine grössere Polarisierung zwischen den verschiedenen politischen Kräften ist zu erwarten.

Diese Gesamtlage wird überschattet von drei zusätzlichen Faktoren, nämlich der Perspektive einer deutschen Wiedervereinigung (die als durchaus reale Möglichkeit bereits in absehbarer Zukunft in Rechnung gestellt werden muss), der bedenklichen Wirtschaftslage in allen osteuropäischen Staaten sowie der Ungewissheit über das weitere Tempo der Reformen in der UdSSR selbst. Nicht aus den Augen verloren werden darf zudem, als vierter stets vorhandener Faktor, das Problem des Natio-

VERTRAULICH

- 7 -

nalismus.

Die Gesamtlage bleibt auf absehbare Zeit hinaus labil bis instabil. Von erheblicher Bedeutung wird sein, ob die Serie freier Wahlen, die in den kommenden Monaten anstehen, zur Beruhigung oder zur weiteren Destabilisierung der Lage beitragen wird. Vorhersagen erscheinen diesbezüglich verfrüht. Von nicht minderer Bedeutung wird sein, ob die oberste sowjetische Führung den Willen und den Mut aufbringt, den politischen Reformprozess schnell den sich rasant entwickelnden sozialen und wirtschaftlichen Realitäten der UdSSR anzupassen oder ob in der Sowjetunion in den kommenden Monaten das innere Spannungspotential weiter anwachsen wird. Auch diesbezüglich erscheinen konkrete Vorhersagen verfrüht. Eine gewisse Skepsis erscheint jedoch angebracht.

4. Implikationen

Die Ost-West-Beziehungen und die politische (sowie auch militärische) Lage in Europa sind in Fluss geraten. Zumindest die erste Hälfte der neunziger Jahre dürfte eine Periode erheblicher Instabilität darstellen, in der Rückschläge (wie Ceausescus Schiessbefehl dramatisch gezeigt hat) jederzeit möglich bleiben.

Eine deutsche Wiedervereinigung ist - mit allen ihren Implikationen - als reale Möglichkeit in Rechnung zu stellen.

Eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung Osteuropas wird Jahre benötigen, sofern sie gelingen soll. Die entscheidendsten Reformschritte sind in der UdSSR noch nicht einmal eingeleitet worden, während die Spannung im Lande steigt.

Damit befindet sich das strategische Umfeld der Schweiz im tiefgreifendsten Wandel seit dem Ausbruch des Kalten Krieges. Während die bewahrende Komponente unserer Sicherheitspolitik angesichts der bestehenden Unwägbarkeiten ihre volle Bedeutung behält, wird durch die neue Lageentwicklung die dynamische Komponente unserer Sicherheitspolitik in einem Ausmass gefordert, wie dies seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr der Fall war. Dies umfasst sämtliche Aspekte der dynamischen Komponente - von der Politik der Guten Dienste und der Disponibilität bis hin zu unserer Aussenwirtschaftspolitik.